

d dem be-
ivatperso-
umittag in
sch einem
verhaftet

e sich ein
Weise an
achte, des-
aren. Sie
len einen
nd im Be-
rnen. Als
n, flüchte-
von zwei
stgehalten
versuchen,
lann» Trä-
inzusetzen
er Polizei

hafte Die-
e in einem
e, wurden
zugeführt.
üfung kam
Steinach
zum Vor-
werkzeuge,
en sicher-

h-Kloten

t — neben
er grösste
nlich 2 kg,
1 Rausch-
sich um
ir wies am
i dem nur
olizei ver-
olumbiens
tauschgift-
wurden in
ert, in die
eingebaut
beschlag-
10 000 bis
Vermässig
en 400 000

eging sei-
a Zürich.

m

es Jumbo-
uftfahrtge-
ys (TWA)
en in Rom
n die Ma-
verlassen
der Düsen
Maschine
York be-
ffenbar in
der elek-
aus einer
stopple so-
fahren und
uf, schnell

Partei
en

he Christ-
r Renan-
s verwie-
einer der
er Christ-
i Chiles,
seine Par-
h nie un-
Politiker
ler Men-
rufen.

nia

lle hat ein
ehörden in
sen Betrag
Finanzin-
10 «Schein-
dabei ein
m Gesamt-
8 Millio-

len

lockefeller,
amerikani-
efeller, hat
hre zweite
nden. Ein
s in New
1 ihre vom
t operativ
chtete am
he es «sehr
haus mög-
s fünf Ta-
ben ihrer
der 90pro-
sten zehn

nister Kis-
tem chine-
En-lai zu-
Wladivo-
chnew ge-
formieren-
haus statt,
s sich pfe-

Liechtensteiner

Volkssblatt



AZ - FL-9494 Schaan, Samstag, 30. November 1974

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

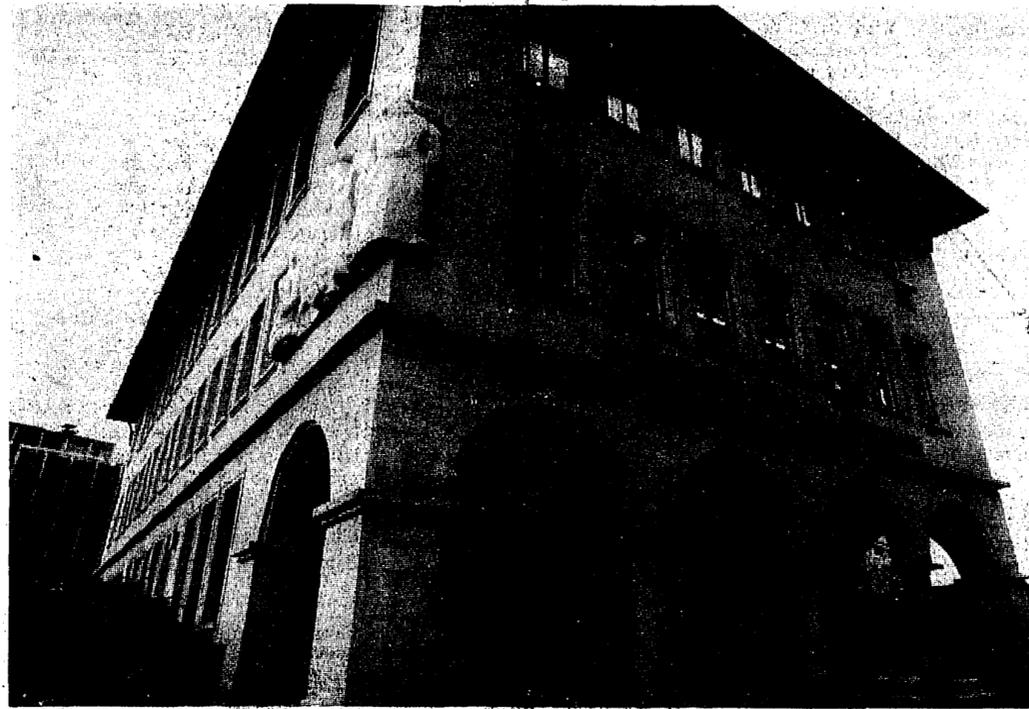
Mit den amtlichen Publikationen

107. Jahrgang - Nr. 179

Kapitalzufluss wurde wieder gebremst

Neue Schweizer Konjunktur-Massnahmen auch in Liechtenstein bestätigt

Die Fürstliche Regierung hat in ihrer Sitzung vom vergangenen Dienstag mit der Schweiz gleichgezogen und neue Massnahmen gegen den Zufluss ausländischen Geldes erlassen. Ausländische Gelder, die nach der vorübergehenden Lockerung der schweizerischen Beschlüsse (seit 31. Oktober 1974) ins Land geflossen sind, müssen von den Banken mit einer Kommission von bis zu 3 Prozent pro Quartal belastet werden. Die Schweiz konnte mit diesen neuesten Massnahmen, die vor allem wegen der Rückwirkungsklausel auch auf Kritik gestossen sind, einer unerwünschten Aufwertung des Schweizerfrankens erfolgreich begegnen. Aufgrund der zwischen unserem Land und der Eidgenossenschaft getroffenen, konjunkturpolitischen Abmachungen, musste Liechtenstein die neuen Schweizer Beschlüsse auch für unser Land nachvollziehen. Die Fürstliche Regierung hat schnell gehandelt und damit allfällige Unsicherheiten von vorneherein aus der Welt geschafft. — Unsere Aufnahme zeigt die Liechtensteinische Landesbank in Vaduz. (Bild: X:J)



den Regierungschef, gegen den Landtagspräsidenten oder allgemein gegen die FBP als Partei ausgewertet wird. Man schlägt den Sack, in diesem Fall die Partei oder ihre Mandatare, und meint den Esel, die Zeitung.

Kritik ist willkommen

Als Journalisten müssen wir immer wieder Stellung beziehen, wir sollen kritisieren und loben, je nachdem ob das eine oder das andere am Platze ist. Wir sollen objektiv berichten und kommentieren. Wir sind uns bewusst, dass wir es nicht allen 6500 Abonnenten oder allen rund 18 000 Lesern unserer Zeitung recht machen können. Wir sind

Fortsetzung auf S/2

Die aktuelle Frage

Kennen Sie das neue Gemeindegesetz?

Am 14. November ist die Referendumsgrist für das neue Gemeindegesetz (LGBl. Nr. 66/1974) abgelaufen. Das neue Gesetz wird somit schon bei den nächsten Gemeindevahlen am 2. Februar 1975 massgebend sein. Abgesehen von der Einführung eines neuen, gemischten Wahlsystems, bringt das Gesetz eine Reihe weiterer Änderungen gegenüber dem alten Gemeindegesetz: die Institution des «erweiterten Gemeinderates» wurde abgeschafft. Die politischen Entscheidungen in den Gemeinden werden künftig von einem einheitlichen Gemeinderat wahrgenommen, wobei die Zahl der Gemeinderäte je nach Einwohnerzahl verschieden gross ist. Das neue Gesetz umschreibt auch die Kompetenzen der Gemeindevertretung und des Vorstehers, es regelt die Meldepflicht und hat die Amtsdauer der Gemeindevertretung von bisher drei auf künftig vier Jahre hinaufgesetzt. Nach dem neuen Gesetz müssen die zur Wahl stehenden Kandidaten für das Vorsteheramt und den Gemeinderat mindestens 14 Tage vor der Wahl nominiert sein. Ein Kandidat kann nur auf einem einzigen Wahlvorschlag aufscheinen, usw. Mit einem Wort: das neue Gemeindegesetz wird einen wesentlichen Einfluss auf die künftige Ausgestaltung des politischen Lebens im kommunalen Bereich ausüben. Der Bürger kann das ihm in die Hand gegebene, gesetzliche Instrumentarium aber nur handhaben, wenn er seinen Inhalt kennt. Wir haben uns deshalb bemüht, eine Serie mit kleinen Einzelbeiträgen über das neue Gemeindegesetz zusammenzustellen. Sie beginnt in der nächsten Ausgabe (am Dienstag) unter dem Titel: «Kennen Sie das neue Gemeindegesetz». Wir würden uns freuen, wenn wir unseren Lesern damit einen kleinen Dienst leisten können.

Politik und Presse in Liechtenstein

Wie weit sind Zeitungs- und Parteimeinungen identisch? - von W. B. Wohlwend

Es geschah am 14. November im öffentlichen Landtag. Zur Debatte stand die Abänderung des Steuergesetzes. In Beantwortung einer kritischen Würdigung der Regierungsvorlage durch den VU-Fraktionssprecher stellte Regierungschef Dr. Kieber u. a. fest, dass sich die Ausführungen positiv von den persönlichen Angriffen abheben, die das Union-Organ in der gleichen Frage gegen ihn gerichtet habe. Sogleich konterte ein anderer Union-Abgeordneter mit dem Argument, dass das «Volksblatt» im Umgang mit politischen Kommentaren auch nicht immer besonders objektiv sei.

Einfluss auf politische Entscheidungen

Es war nicht das erste und vermutlich auch nicht das letzte Mal, dass die Berichterstattung in unseren Zeitungen die politischen Diskussionen im Parlament direkt oder indirekt berühren. Es gehört sicherlich auch zum Bild einer Demokratie, dass die Äusserungen der meinungsbildenden Presse die Entscheidungen der politischen Instanzen bis hinein in die Parlamente und die Regierungen beeinflussen können. In kaum einem anderen Land aber werden Zeitungsberichte

so kritik- und vorbehaltlos mit der Meinung jener politischen Partei gleichgestellt, mit der sich das jeweilige Blatt identifiziert. Das geht häufig sogar so weit, dass politische Meinungsäusserungen z. B. des «Volksblatt» nicht nur von vorneherein als Einheitsmeinung der FBP, sondern als indirekte Meinungsäusserung des Regierungschefs aufgefasst werden.

Das «Parteiorgan» in Liechtenstein

Die Formel: Zeitungsbericht ist gleich Meinung der Partei ist gleich Meinung des Regierungschefs (oder des Spitzenkandidaten der anderen Partei), wird in unserem Lande auch vom Umstand begünstigt, dass sich beide massgebenden Zeitungen als Sprachrohre der beiden massgebenden Parteien verstehen und namentlich vor Landtagswahlen offen und fast vorbehaltlos für das eine oder das andere Lager eintreten. Das Fehlen von anderen Kommunikationsmedien wie Radio oder Fernsehen, räumt den liechtensteinischen Zeitungen eine weitere Sonderstellung ein. Trotzdem ist die Bezeichnung «Parteiorgan» für die liechtensteinischen Zeitungen nur bedingt richtig. De jure werden die Zeitungen nicht von den Parteien selbst, sondern von Interessensvereinen (Pressevereinen) herausgegeben, deren Mitglieder der einen oder anderen Partei nahestehen. Die Redaktoren werden auch nicht von den Parteien angestellt und bezahlt, sondern von den Pressevereinen als Verleger. Es liegt auf der Hand, dass man die massgeblichen Stellen in der Zeitung mit Anhängern aus der eigenen Partei besetzt; die in der Ausgestaltung der Zeitung, in der Form und im Inhalt ihrer Äusserungen im übrigen aber die normale, journalistische Freiheit geniessen. Mindestens beim «Volksblatt», für das

wir allein kompetent sprechen können, ist es so.

Wie entstehen politische Presseberichte?

Beim «Volksblatt» sind derzeit mehrere Redaktoren und eine Reihe von freien Mitarbeitern im ganzen Land tätig. Je nach Sachbereichen werden sie mit diesem oder jenem politischen Problem konfrontiert. Sie erhalten Unterlagen für neue Gesetze, die in Arbeit sind, sie erfahren politische Neuigkeiten im Rahmen von Pressekonferenzen, aus Gesprächen mit Mitbürgern,

aus der Teilnahme an politischen Veranstaltungen, aus Reden von Politikern, oder aus der Lektüre anderer Zeitungen. Nun versuchen sie nach bestem Wissen und Können, stets aber behaftet mit allen menschlichen Schwächen, die Neuigkeiten an den Leser weiterzugeben: in Form von Leitartikeln, kurzen Nachrichten und in Kommentaren.

Geht es dabei um parteipolitische Wertungen, so sind wir aufgrund unserer eigenen Einstellungen selbstverständlich bis zu einem gewissen Grad «vorbelastet», gleichwohl versuchen wir unsere Meinungen zu begründen und zu erklären. Was unsere Leser an meinungsgebundenen Beiträgen vor sich haben, ist wohl die Meinung eines der FBP nahestehenden Journalisten, muss deswegen aber noch lange nicht die offizielle Meinung der Partei selbst oder gar des Regierungschefs oder des Landtagspräsidenten sein.

Es wäre ein Ding der Unmöglichkeit, wenn wir vor jedem Beitrag, den wir zu diesem oder jenem Thema verfassen müssen, eine Umfrage bei allen Mitgliedern der FBP oder eine Rückfrage bei den jeweils betroffenen Politikern durchführen wollten. Offizielle Meinungen der FBP sind als solche gekennzeichnet und unterschrieben, offizielle Mitteilungen des Regierungschefs ebenfalls. Nur damit aber kann und darf man die Partei oder deren Spitzenmandatare behaften.

Man schlägt den Sack...

Es ist für uns vom «Volksblatt» deshalb oft bemüht, wenn wir nachträglich feststellen, dass ein Bericht zu einem politischen Thema, der aus unserer Redaktion stammt, in Landtagsdebatten oder auf anderen politischen Schauplätzen, als Argumentation z. B. gegen

INHALT

Teuerung und Indexautomatismus
Generalversammlung der Industriekammer (Seite 3)

Vorweihnachtlicher Kunstmarkt
Vielseitiges Angebot der Vaduzer Galerien (Seite 2)

Neue Regierung in Italien
Weltgeschehen/Börse (Seite 8)

Neue Sahel-Aktion
Ein Aufruf von Welt + Heimat (Seite 17)

Sportgeschehen
Vorschauen/Berichte (Seite 5)

TV - Unterhaltung
(Seiten 11/20/21)

Weihnachtsangebote
Beachten Sie die Anzeigen in dieser Ausgabe

UNSERE BANK FÜR ALLE
DIE BANK FÜR ALLE
Verwaltungs- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
9490 Vaduz

Innen- ausbau
Ferdinand Frick ag
Bauplan-Massnahmen
9490 Vaduz
Telefon 192 1928